

## Synopse: Lieferketten-Richtlinie und Änderungsvorschläge im Omnibus-Paket I

Anwendungsbereich	
EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<p><b>Artikel 2 und Artikel 37</b></p> <p><b>Ab 26.07.2027</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In der EU gegründete Unternehmen oder Muttergesellschaften mit mind. 5.000 Beschäftigten und mind. 1.500 Mio. Euro weltweiten Nettoumsatz</li> <li>• In Drittstaaten gegründete Unternehmen mit mind. 1.500 Mio. Euro Nettoumsatz in der EU</li> <li>• Die Berichtspflichten nach Art. 16 der CSDDD gelten für diese Unternehmen für alle Finanzjahre, die nach dem 01.01.2028 starten</li> </ul> <p><b>Ab 26.07.2028</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In der EU gegründete Unternehmen oder Muttergesellschaften mit mind. 3.000 Beschäftigten und mind. 900 Mio. Euro weltweitem Nettoumsatz</li> <li>• In Drittstaaten gegründete Unternehmen mit mind. 900 Mio. Euro Nettoumsatz in der EU</li> <li>• Die Berichtspflichten nach Art. 16 der CSDDD gelten für diese Unternehmen für alle Finanzjahre, die nach dem 01.01.2029 starten</li> </ul> <p><b>Ab 26.07.2029</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In der EU gegründete Unternehmen oder Muttergesellschaften mit mind. 1.000 Beschäftigten und mind. 450 Mio. Euro weltweiten Nettoumsatz</li> <li>• In Drittstaaten gegründete Unternehmen mit mind. 450 Mio. Euro Nettoumsatz in der EU</li> <li>• Die Berichtspflichten nach Art. 16 der CSDDD gelten für diese Unternehmen für alle Finanzjahre, die nach dem 01.01.2030 starten</li> </ul>	<p><b>Artikel 2 von KOM(2025)80 zu Art. 37 der CSDDD</b></p> <p><b>Ab 26.07.2027</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <del>In der EU gegründete Unternehmen oder Muttergesellschaften mit mind. 5.000 Beschäftigten und mind. 1.500 Mio. Euro weltweiten Nettoumsatz</del></li> <li>• <del>In Drittstaaten gegründete Unternehmen mit mind. 1.500 Mio. Euro Nettoumsatz in der EU</del></li> <li>• <del>Die Berichtspflichten nach Art. 16 der CSDDD gelten für diese Unternehmen für alle Finanzjahre, die nach dem 01.01.2028 starten</del></li> </ul> <p><b>Ab 26.07.2028</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In der EU gegründete Unternehmen oder Muttergesellschaften mit mind. 3.000 Beschäftigten und mind. 900 Mio. Euro weltweitem Nettoumsatz</li> <li>• In Drittstaaten gegründete Unternehmen mit mind. 900 Mio. Euro Nettoumsatz in der EU</li> <li>• Die Berichtspflichten nach Art. 16 der CSDDD gelten für diese Unternehmen für alle Finanzjahre, die nach dem 01.01.2029 starten</li> </ul> <p><b>Ab 26.07.2029</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In der EU gegründete Unternehmen oder Muttergesellschaften mit mind. 1.000 Beschäftigten und mind. 450 Mio. Euro weltweiten Nettoumsatz</li> </ul>

EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• In Drittstaaten gegründete Unternehmen mit mind. 450 Mio. Euro Nettoumsatz in der EU</li> <li>• Die Berichtspflichten nach Art. 16 der CSDDD gelten für diese Unternehmen für alle Finanzjahre, die nach dem 01.01.2030 starten</li> </ul>
<b>Nat. Umsetzung der Richtlinie bis</b>	
<b>Artikel 37</b> Umsetzung der Lieferketten-Richtlinie in nationales Recht bis 26.07.2026	<b>Artikel 2 von KOM(2025)80 zu Art. 37 der CSDDD</b> Umsetzung der Lieferketten-Richtlinie in nationales Recht bis <b>26.07.2027</b>
<b>Definition von Lieferkette bzw. Aktivitätskette</b>	
<b>Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe g</b> Definition von Aktivitätskette i) „Tätigkeiten der vorgelagerten Geschäftspartner eines Unternehmens im Zusammenhang mit der Produktion von Waren oder der Erbringung von Dienstleistungen durch dieses Unternehmen, einschließlich der Entwicklung, Gewinnung, Beschaffung, Herstellung, Beförderung, Lagerung und Lieferung von Rohstoffen, Produkten oder Teilen von Produkten und der Entwicklung des Produkts oder der Dienstleistung, und ii) die Tätigkeiten der nachgelagerten Geschäftspartner eines Unternehmens im Zusammenhang mit dem Vertrieb, der Beförderung und der Lagerung eines Produkts dieses Unternehmens, sofern die Geschäftspartner diese Tätigkeiten für das Unternehmen oder im Namen des Unternehmens ausüben; davon ausgenommen ist der Vertrieb, die Beförderung, die Lagerung des Produkts, das Ausfuhrkontrollen gemäß der Verordnung (EU) 2021/821 oder Ausfuhrkontrollen in Bezug auf Waffen, Munition oder Kriegsmaterial unterliegt, sobald die Ausfuhr des Produkts genehmigt wurde.“	<i>unverändert</i>

Tiefe der Sorgfaltspflichten	
EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<p><b>Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe f</b></p> <p>Definition von Geschäftspartner</p> <p>„i) mit der das Unternehmen eine Geschäftsvereinbarung über die Tätigkeiten, Produkte oder Dienstleistungen des Unternehmens geschlossen hat oder für die das Unternehmen im Einklang mit Buchstabe g Dienstleistungen erbringt („direkter Geschäftspartner“), oder</p> <p>ii) die kein direkter Geschäftspartner ist, die jedoch mit den Tätigkeiten, Produkten oder Dienstleistungen des Unternehmens zusammenhängende Geschäftstätigkeiten ausübt („indirekter Geschäftspartner“)</p>	<p><i>Definition von Geschäftspartner unverändert, siehe Unterschiede bei den Sorgfaltspflichten auf den folgenden Seiten</i></p>
Sorgfaltspflichten	
<p><b>Artikel 7-12 und 15</b></p> <p><b>Artikel 7</b></p> <p>Einbeziehung der Sorgfaltspflicht in die Unternehmenspolitik und die Risikomanagementsysteme des Unternehmens</p> <p><b>Artikel 8</b></p> <p>Ermittlung und Bewertung tatsächlicher und potenzieller negativer Auswirkungen</p> <p>1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Unternehmen geeignete Maßnahmen ergreifen, um gemäß dem vorliegenden Artikel tatsächliche und potenzielle negative Auswirkungen zu ermitteln und zu bewerten, die sich aus ihrer eigenen Geschäftstätigkeit und der ihrer Tochterunternehmen und — sofern sie mit ihren Aktivitätsketten in Verbindung stehen —</p>	<p><b>Artikel 4 Absatz 4-8 von KOM(2025)81 zu Art. 8-12 der CSDDD</b></p> <p><i>unverändert</i></p> <p><b>Artikel 8</b></p> <p>Ermittlung und Bewertung tatsächlicher und potenzieller negativer Auswirkungen</p> <p>1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Unternehmen geeignete Maßnahmen ergreifen, um gemäß dem vorliegenden Artikel tatsächliche und potenzielle negative Auswirkungen zu ermitteln und zu bewerten, die sich aus ihrer eigenen Geschäftstätigkeit und der ihrer Tochterunternehmen und — sofern sie mit ihren Aktivitätsketten in Verbindung stehen —</p>

EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<p>der ihrer Geschäftspartner ergeben.</p> <p>(2) Im Rahmen der in Absatz 1 niedergelegten Verpflichtung ergreifen die Unternehmen unter Berücksichtigung relevanter Risikofaktoren geeignete Maßnahmen, um</p> <p>a) ihre eigene Geschäftstätigkeit und der ihrer Tochterunternehmen und — sofern sie mit ihren Aktivitätsketten in Verbindung stehen — der ihrer Geschäftspartner zu erfassen, um allgemeine Bereiche zu ermitteln, in denen negative Auswirkungen am wahrscheinlichsten oder am schwerwiegendsten sind;</p> <p>b) auf der Grundlage der Ergebnisse der unter Buchstabe a genannten Erfassung eine eingehende Bewertung ihrer eigenen Geschäftstätigkeit und der ihrer Tochterunternehmen und — sofern sie mit ihren Aktivitätsketten in Verbindung stehen — der ihrer Geschäftspartner in den Gebieten vorzunehmen, in denen die negativen Auswirkungen als am wahrscheinlichsten oder am schwerwiegendsten eingestuft wurden.</p>	<p>der ihrer Geschäftspartner ergeben.</p> <p>(2) Im Rahmen der in Absatz 1 niedergelegten Verpflichtung ergreifen die Unternehmen unter Berücksichtigung relevanter Risikofaktoren geeignete Maßnahmen, um</p> <p>a) ihre eigene Geschäftstätigkeit und der ihrer Tochterunternehmen und — sofern sie mit ihren Aktivitätsketten in Verbindung stehen — der ihrer Geschäftspartner zu erfassen, um allgemeine Bereiche zu ermitteln, in denen negative Auswirkungen am wahrscheinlichsten oder am schwerwiegendsten sind;</p> <p>b) auf der Grundlage der Ergebnisse der unter Buchstabe a genannten Erfassung eine eingehende Bewertung ihrer eigenen Geschäftstätigkeit und der ihrer Tochterunternehmen und — sofern sie mit ihren Aktivitätsketten in Verbindung stehen — der ihrer <b>direkten</b> Geschäftspartner in den Gebieten vorzunehmen, in denen die negativen Auswirkungen als am wahrscheinlichsten oder am schwerwiegendsten eingestuft wurden.</p> <p><b>2a. (neu) Where a company has plausible information that suggests that adverse impacts at the level of the operations of an indirect business partner have arisen or may arise, it shall carry out an in-depth assessment. The company shall always carry out such an assessment where the indirect, rather than direct, nature of the relationship with the business partner is the result of an artificial arrangement that does not reflect economic reality but points to a circumvention of paragraph 2, point (b). Where the assessment confirms the likelihood or existence of the adverse impact, it is deemed to have been identified.</b></p> <p><b>The first subparagraph is without prejudice to the company considering available information about indirect business partners</b></p>

EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<p>4) Können die für die in Absatz 2 Buchstabe b genannte eingehende Bewertung erforderlichen Informationen von Geschäftspartnern auf verschiedenen Ebenen der Aktivitätskette eingeholt werden, so muss das Unternehmen diese Informationen, sofern angemessen, vorrangig direkt von den Geschäftspartnern anfordern, bei denen die negativen Auswirkungen am wahrscheinlichsten auftreten</p>	<p><b>and whether those business partners can follow the rules and principles set out in the company’s code of conduct when selecting a direct business partner.</b></p> <p><b>Notwithstanding the first subparagraph, irrespective of whether plausible information is available about indirect business partners, a company shall seek contractual assurances from a direct business partner that that business partner will ensure compliance with the company’s code of conduct by establishing corresponding contractual assurances from its business partners. Article 10(2), points (b) and (e) shall apply accordingly.</b></p> <p>4) Können die für die in Absatz 2 Buchstabe b <b>und in Absatz 2a</b> genannte eingehende Bewertung erforderlichen Informationen von <b>verschiedenen</b> Geschäftspartnern <del>auf verschiedenen Ebenen der Aktivitätskette</del> eingeholt werden, so muss das Unternehmen diese Informationen, sofern angemessen, vorrangig direkt von den Geschäftspartnern anfordern, bei denen die negativen Auswirkungen am wahrscheinlichsten auftreten</p> <p><b>5. Member States shall ensure that, for the mapping provided for in paragraph 2, point (a), companies do not seek to obtain information from direct business partners with fewer than 500 employees that exceeds the information specified in the standards for voluntary use referred to in Article 29a of Directive 2013/34/EU.</b></p> <p><b>By way of derogation to the first sub-paragraph, where additional information is necessary for the mapping provided for in paragraph 2, point (a), in light of indications of likely adverse impacts or because the standards do not cover relevant impacts, and where such additional information cannot reasonably be obtained by other means, the company may seek such information from that business partner.</b></p>

EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<p><b>Artikel 9</b></p> <p>Priorisierung der ermittelten tatsächlichen und potenziellen negativen Auswirkungen</p> <p><b>Artikel 10 Absatz 6</b></p> <p>Verhinderung potenzieller negativer Auswirkungen</p> <p>(...)</p> <p>6. As regards potential adverse impacts as referred to in paragraph 1 that could not be prevented or adequately mitigated by the measures set out in paragraphs 2, 4 and 5, the company shall, as a last resort, be required to refrain from entering into new or extending existing relations with a business partner in connection with which, or in the chain of activities of which, the impact has arisen and shall, where the law governing their relations so entitles them, take the following actions, as a last resort:</p> <p>(a) adopt and implement an enhanced prevention action plan for the specific adverse impact without undue delay, by using or increasing the company's leverage through the temporary suspension of business relationships with respect to the activities concerned, provided that there is a reasonable expectation that those efforts will succeed; the action plan shall include a specific and appropriate timeline for the adoption and implementation of all actions therein, during which the company may also seek alternative business partners;</p> <p>(b) if there is no reasonable expectation that those efforts would succeed, or if the implementation of the enhanced prevention action plan has failed to prevent or mitigate the adverse impact, terminate the business relationship with respect to the activities concerned if the potential adverse impact is severe.</p>	<p><i>unverändert</i></p> <p><b>Artikel 10 Absatz 6</b></p> <p>Verhinderung potenzieller negativer Auswirkungen</p> <p>(...)</p> <p>6. As regards potential adverse impacts as referred to in paragraph 1 that could not be prevented or adequately mitigated by the measures set out in paragraphs 2, 4 and 5, the company shall, as a last resort, <del>be required to:</del></p> <p>(a) refrain from entering into new or extending existing relations with a business partner in connection with which, or in the chain of activities of which, the impact has arisen,</p> <p>(b) where the law governing its relation with the business partner concerned so entitles it, adopt and implement an enhanced prevention action plan for the specific adverse impact without undue delay, provided that there is a reasonable expectation that those efforts will succeed, <del>and the action plan shall include a specific and appropriate timeline for the adoption and implementation of all actions therein, during which the company may also seek alternative business partners;</del></p> <p>(c) use or increase its leverage through the <del>temporary</del> suspension of the business relationship with respect to the activities concerned.</p> <p><del>If there is no reasonable expectation that those efforts would succeed, or if the implementation of the enhanced prevention action plan has failed to prevent or mitigate the adverse impact, terminate the business relationship</del></p>

EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<p>Prior to temporarily suspending or terminating a business relationship, the company shall assess whether the adverse impacts from doing so can be reasonably expected to be manifestly more severe than the adverse impact that could not be prevented or adequately mitigated. Should that be the case, the company shall not be required to suspend or to terminate the business relationship, and shall be in a position to report to the competent supervisory authority about the duly justified reasons for such decision.</p> <p>Member States shall provide for an option to temporarily suspend or terminate the business relationship in contracts governed by their laws in accordance with the first subparagraph, except for contracts where the parties are obliged by law to enter into them.</p> <p>Where the company decides to temporarily suspend or to terminate the business relationship, it shall take steps to prevent, mitigate or bring to an end the impacts of the suspension or termination, shall provide reasonable notice to the business partner concerned and shall keep that decision under review.</p> <p>Where the company decides not to temporarily suspend or terminate the business relationship pursuant to this Article, it shall monitor the potential adverse impact and periodically assess its decision and whether further appropriate measures are available.</p>	<p><del>with respect to the activities concerned if the potential adverse impact is severe.</del></p> <p><b>As long as there is a reasonable expectation that the enhanced prevention action plan will succeed, the mere fact of continuing to engage with the business partner shall not trigger the company's liability.</b></p> <p>Prior to <del>temporarily suspending or terminating</del> a business relationship, the company shall assess whether the adverse impacts from doing so can be reasonably expected to be manifestly more severe than the adverse impact that could not be prevented or adequately mitigated. Should that be the case, the company shall not be required to suspend <del>or to terminate</del> the business relationship and shall be in a position to report to the competent supervisory authority about the duly justified reasons for such decision.</p> <p>Member States shall provide for an option to <del>temporarily suspend or terminate</del> the business relationship in contracts governed by their laws in accordance with the first subparagraph, except for contracts where the parties are obliged by law to enter into them.</p> <p>Where the company decides to <del>temporarily suspend or to terminate</del> the business relationship, it shall take steps to prevent, mitigate or bring to an end the impacts of the suspension <del>or termination</del>, shall provide reasonable notice to the business partner concerned and shall keep that decision under review.</p> <p>Where the company decides not to <del>temporarily suspend or terminate</del> the business relationship pursuant to this Article, it shall monitor the potential adverse impact and periodically assess its decision and whether further appropriate measures are available.</p>



EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<p><b>Artikel 11</b></p> <p>Behebung tatsächlicher negativer Auswirkungen</p> <p>7. As regards actual adverse impacts as referred to in paragraph 1 that could not be brought to an end or the extent of which could not be minimised by the measures set out in paragraphs 3, 5 and 6, the company shall, as a last resort, be required to refrain from entering into new or extending existing relations with a business partner in connection with which, or in the chain of activities of which, the impact has arisen and shall, where the law governing their relations so entitles them, take the following actions, as a last resort:</p> <p>(a) adopt and implement an enhanced corrective action plan for the specific adverse impact without undue delay, including by using or increasing the company's leverage through the temporary suspension of business relationships with respect to the activities concerned, provided that there is a reasonable expectation that those efforts will succeed; the action plan shall include a specific and appropriate timeline for the adoption and implementation of all actions therein, during which the company may also seek alternative business partners;</p> <p>(b) if there is no reasonable expectation that the efforts referred to in point (a) will succeed, or if the implementation of the enhanced corrective action plan fails to bring to an end or minimise the extent of the adverse impact, terminate the business relationship with respect to the activities concerned if the actual adverse impact is severe.</p>	<p><b>Artikel 11</b></p> <p>Behebung tatsächlicher negativer Auswirkungen</p> <p>7. As regards actual adverse impacts as referred to in paragraph 1 that could not be <del>brought to an end or the extent of which could not be minimised</del> <b>prevented or adequately mitigated</b> by the measures set out in paragraphs 3, 5 and 6, the company shall, as a last resort <del>be required to:</del></p> <p>(a) refrain from entering into new, or extending existing, relations with a business partner in connection with which, or in the chain of activities of which, the impact has arisen <del>and shall</del></p> <p>(b) where the law governing <del>their relations</del> <b>its relation with the business partner concerned</b> so entitles it, adopt and implement an enhanced prevention action plan for the specific adverse impact without undue delay, provided that there is a reasonable expectation that those efforts will succeed, <del>the action plan shall include a specific and appropriate timeline for the adoption and implementation of all actions therein, during which the company may also seek alternative business partners</del></p> <p>(c) use or increase its leverage through the <b>temporary</b> suspension of the business relationship with respect to the activities concerned.</p> <p><del>If there is no reasonable expectation that the efforts referred to in point (a) will succeed, or if the implementation of the enhanced corrective action plan fails to bring to an end or minimise the extent of the adverse impact, terminate the business relationship with respect to the activities concerned if the actual adverse impact is severe.</del></p>



EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<p>Prior to temporarily suspending or terminating a business relationship, the company shall assess whether the adverse impacts of doing so can be reasonably expected to be manifestly more severe than the adverse impact that could not be brought to an end or the extent of which could not be adequately minimised. Should that be the case, the company shall not be required to suspend or to terminate the business relationship, and shall be in a position to report to the competent supervisory authority about the duly justified reasons for such decision.</p> <p>Member States shall provide for an option to temporarily suspend or terminate the business relationship in contracts governed by their laws in accordance with the first subparagraph, except for contracts where the parties are obliged by law to enter into them.</p> <p>Where the company decides to temporarily suspend or to terminate the business relationship, the company shall take steps to prevent, mitigate or bring to an end the impacts of the suspension or termination, provide reasonable notice to the business partner and keep that decision under review.</p> <p>Where the company decides not to temporarily suspend or terminate the business relationship pursuant to this Article, the company shall monitor the actual adverse impact and periodically assess its decision and whether further appropriate measures are available.</p>	<p><b>As long as there is a reasonable expectation that the enhanced prevention action plan will succeed, the mere fact of continuing to engage with the business partner shall not trigger the company's liability.</b></p> <p>Prior to <del>temporarily suspending or terminating</del> a business relationship, the company shall assess whether the adverse impacts from doing so can be reasonably expected to be manifestly more severe than the adverse impact that could not be brought to an end or the extent of which could not be adequately minimised <b>prevented or adequately mitigated</b>. Should that be the case, the company shall not be required to suspend <del>or to terminate</del> the business relationship and shall be in a position to report to the competent supervisory authority about the duly justified reasons for such decision.</p> <p>Member States shall provide for an option to <del>temporarily suspend or terminate</del> the business relationship in contracts governed by their laws in accordance with the first subparagraph, except for contracts where the parties are obliged by law to enter into them.</p> <p>Where the company decides to <del>temporarily suspend or to terminate</del> the business relationship, it shall take steps to prevent, mitigate or bring to an end the impacts of the suspension <del>or termination</del>, <b>shall</b> provide reasonable notice to the business partner <b>concerned</b> and <b>shall</b> keep that decision under review.</p> <p>Where the company decides not to <del>temporarily suspend or to terminate</del> the business relationship pursuant to this Article, it shall monitor the <del>actual</del> <b>potential</b> adverse impact and periodically assess its decision and whether further appropriate measures are available.</p>

<p><a href="#">EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD (Link)</a></p>	<p>Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD</p>
<p><b>Artikel 12</b> Abhilfe für tatsächliche negative Auswirkungen</p> <p><b>Artikel 15</b> Überwachung/Bewertung der eigenen Geschäftstätigkeit und der Angemessenheit und Wirksamkeit der Maßnahmen im Rahmen der Sorgfaltspflichten mind. alle 12 Monate oder unverzüglich nach Eintreten einer wesentlichen Änderung</p>	<p><i>Unverändert</i></p> <p><b>Artikel 15</b> Überwachung/Bewertung der eigenen Geschäftstätigkeit und der Angemessenheit und Wirksamkeit der Maßnahmen im Rahmen der Sorgfaltspflichten mind. alle <b>5 Jahre</b> oder unverzüglich nach Eintreten einer wesentlichen Änderung</p>
<p><b>Einbeziehung von Interessenträgern bei den Sorgfaltspflichten</b></p>	
<p><b>Artikel 3 Absatz 1 n</b></p> <p>n) 'stakeholders' means the company's employees, the employees of its subsidiaries, trade unions and workers' representatives, consumers and other individuals, groupings, communities or entities whose rights or interests are or could be affected by the products, services and operations of the company, its subsidiaries and its business partners, including the employees of the company's business partners and their trade unions and workers' representatives, national human rights and environmental institutions, civil society organisations whose purposes include the protection of the environment, and the legitimate representatives of those individuals, groupings, communities or entities;</p>	<p><b>Artikel 4 Absatz 2 von KOM(2025)81 zu Art. 3 Abs. 1 n der CSDDD</b></p> <p>n) stakeholders' means the company's employees, the employees of its subsidiaries <b>and of its business partners, and their</b> trade unions and workers' representatives, <del>consumers and other</del> individuals, <del>groupings or</del> communities <del>or entities</del> whose rights or interests are or could be <b>directly</b> affected by the products, services and operations of the company, its subsidiaries and its business partners, <del>including the employees of the company's business partners and their trade unions and workers' representatives, national human rights and environmental institutions, civil society organisations whose purposes include the protection of the environment,</del> and the legitimate representatives of those individuals, <del>groupings, or</del> communities <del>or entities</del>;</p>

EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<p><b>Artikel 13 Absatz 3</b></p> <p>3. Die Konsultation der Interessenträger erfolgt in folgenden Schritten im Rahmen des Verfahrens zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht:</p> <p>a) Sammlung der erforderlichen Informationen über tatsächliche oder potenzielle negative Auswirkungen, um negative Auswirkungen gemäß den Artikeln 8 und 9 zu ermitteln, zu bewerten und zu priorisieren;</p> <p>b) Entwicklung von Präventions- und Korrekturmaßnahmen-plänen gemäß Artikel 10 Absatz 2 und Artikel 11 Absatz 3 und Entwicklung verstärkter Präventions- und Korrekturmaßnahmenpläne gemäß Artikel 10 Absatz 6 und Artikel 11 Absatz 7;</p> <p>c) Entscheidung, eine Geschäftsbeziehung gemäß Artikel 10 Absatz 6 und Artikel 11 Absatz 7 zu beenden oder auszusetzen;</p> <p>d) Annahme geeigneter Abhilfemaßnahmen für negative Auswirkungen gemäß Artikel 12;</p> <p>e) gegebenenfalls die Entwicklung qualitativer und quantitativer Indikatoren für die gemäß Artikel 15 erforderliche Überwachung.</p>	<p><b>Artikel 4 Absatz 7 von KOM(2025)81 zu Art. 13 Abs. 3 der CSDDD</b></p> <p>3. Die Konsultation der <b>relevanten</b> Interessenträger erfolgt in folgenden Schritten im Rahmen des Verfahrens zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht:</p> <p>a) Sammlung der erforderlichen Informationen über tatsächliche oder potenzielle negative Auswirkungen, um negative Auswirkungen gemäß den Artikeln 8 und 9 zu ermitteln, zu bewerten und zu priorisieren;</p> <p>b) Entwicklung von Präventions- und Korrekturmaßnahmen-plänen gemäß Artikel 10 Absatz 2 und Artikel 11 Absatz 3 und Entwicklung verstärkter Präventions- und Korrekturmaßnahmenpläne gemäß Artikel 10 Absatz 6 und Artikel 11 Absatz 7;</p> <p><del>c) Entscheidung, eine Geschäftsbeziehung gemäß Artikel 10 Absatz 6 und Artikel 11 Absatz 7 zu beenden oder auszusetzen;</del></p> <p>d) Annahme geeigneter Abhilfemaßnahmen für negative Auswirkungen gemäß Artikel 12;</p> <p><del>e) gegebenenfalls die Entwicklung qualitativer und quantitativer Indikatoren für die gemäß Artikel 15 erforderliche Überwachung.</del></p>

Zivilrechtliche Haftung	
EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<p><b>Art. 29 Absatz 1-2 und 4-7</b></p> <p>„(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Unternehmen für Schaden haftbar gemacht werden kann, der einer natürlichen oder juristischen Person entstanden ist, sofern</p> <p>a) das Unternehmen es vorsätzlich oder fahrlässig versäumt hat, den Pflichten gemäß den Artikeln 10 und 11 nachzukommen, wenn die im Anhang aufgeführten Rechte, Verbote oder Pflichten dem Schutz der natürlichen oder juristischen Person dienen, und</p> <p>b) durch das Versäumnis nach Buchstabe a die nach nationalem Recht geschützten rechtlichen Interessen der natürlichen oder juristischen Person beschädigt wurden.</p> <p>Ein Unternehmen kann nicht haftbar gemacht werden, wenn der Schaden nur von seinen Geschäftspartnern in seiner Aktivitäts-kette verursacht wurde.</p> <p>2) Wird ein Unternehmen im Einklang mit Absatz 1 haftbar gemacht, so hat eine natürliche oder juristische Person ein Recht auf vollständige Entschädigung für den Schaden nach Maßgabe des nationalen Rechts. Die vollständige Entschädigung im Rahmen dieser Richtlinie darf nicht zu Überkompensierung führen, unabhängig davon, ob es sich dabei um Strafschadensersatz, Mehrfachentschädigung oder andere Arten von Schadensersatz handelt.</p> <p>(...)</p>	<p><b>Art. 4 Absatz 12 von KOM(2025)81 zu Art. 29 der CSDDD</b></p> <p><del>„(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Unternehmen für Schaden haftbar gemacht werden kann, der einer natürlichen oder juristischen Person entstanden ist, sofern</del></p> <p><del>a) das Unternehmen es vorsätzlich oder fahrlässig versäumt hat, den Pflichten gemäß den Artikeln 10 und 11 nachzukommen, wenn die im Anhang aufgeführten Rechte, Verbote oder Pflichten dem Schutz der natürlichen oder juristischen Person dienen, und</del></p> <p><del>b) durch das Versäumnis nach Buchstabe a die nach nationalem Recht geschützten rechtlichen Interessen der natürlichen oder juristischen Person beschädigt wurden.</del></p> <p><del>Ein Unternehmen kann nicht haftbar gemacht werden, wenn der Schaden nur von seinen Geschäftspartnern in seiner Aktivitätskette verursacht wurde.</del></p> <p><b>2) Where a company is held liable pursuant to national law for damage caused to a natural or legal person by a failure to comply with the due diligence requirements under this Directive, Member States shall ensure that those persons have a right to full compensation. Full compensation shall not lead to overcompensation, whether by means of punitive, multiple or other types of damages.</b></p> <p>(...)</p>

EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<p>(4) Unternehmen, die an Industrie- oder Multi-Stakeholder-Initiativen teilgenommen haben oder die unabhängige Überprüfung durch Dritte oder Vertragsklauseln in Anspruch nehmen, um die Erfüllung der Sorgfaltspflichten zu unterstützen, können dennoch gemäß diesem Artikel haftbar gemacht werden.</p> <p>(5) Die zivilrechtliche Haftung eines Unternehmens aus dieser Bestimmung berührt nicht die zivilrechtliche Haftung ihrer Tochterunternehmen oder direkter indirekter Geschäftspartner in der Aktivitätskette des Unternehmens.</p> <p>Wurde der Schaden von dem Unternehmen und seinem Tochterunternehmen oder direkten oder indirekten Geschäfts-partner gemeinsam verursacht, so haften sie gesamt-schuldnerisch, unbeschadet der nationalen Rechtsvorschriften über die Voraussetzungen für eine gesamtschuldnerische Haftung und über Regressansprüche.</p> <p>(6) Die zivilrechtliche Haftung nach dieser Richtlinie schränkt die Haftung der Unternehmen gemäß den nationalen Rechtssystemen oder denen der Union nicht ein und lässt Vorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten über die zivilrechtliche Haftung im Zusammenhang mit negativen Aus-wirkungen auf die Menschenrechte oder die Umwelt unberührt, in denen für Situationen, die nicht unter diese Richtlinie fallen, eine Haftung oder eine strengere Haftung als in der vorliegenden Richtlinie vorgesehen ist.</p> <p>(7) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung dieses Artikels zwingend Anwendung finden und Vorrang haben in Fällen, in denen das auf entsprechende Ansprüche anzuwendende Recht nicht das nationale Recht eines Mitgliedstaats ist.“</p>	<p>(4) Unternehmen, die an Industrie- oder Multi-Stakeholder-Initiativen teilgenommen haben oder die unabhängige Überprüfung durch Dritte oder Vertragsklauseln in Anspruch nehmen, um die Erfüllung der Sorgfaltspflichten zu unterstützen, können dennoch gemäß <b>nationalem Recht</b> haftbar gemacht werden.</p> <p>(5) Die zivilrechtliche Haftung eines Unternehmens „<b>as referred to in this Article</b>“ berührt nicht die zivilrechtliche Haftung ihrer Tochterunternehmen oder direkter indirekter Geschäftspartner in der Aktivitätskette des Unternehmens.</p> <p>Wurde der Schaden von dem Unternehmen und seinem Tochterunternehmen oder direkten oder indirekten Geschäfts-partner gemeinsam verursacht, so haften sie gesamt-schuldnerisch, unbeschadet der nationalen Rechtsvorschriften über die Voraussetzungen für eine gesamtschuldnerische Haftung und über Regressansprüche.</p> <p>(6) Die zivilrechtliche Haftung nach dieser Richtlinie schränkt die Haftung der Unternehmen gemäß den nationalen Rechtssystemen oder denen der Union nicht ein und lässt Vorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten über die zivilrechtliche Haftung im Zusammenhang mit negativen Aus-wirkungen auf die Menschenrechte oder die Umwelt unberührt, in denen für Situationen, die nicht unter diese Richtlinie fallen, eine Haftung oder eine strengere Haftung als in der vorliegenden Richtlinie vorgesehen ist.</p> <p><del>(7) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung dieses Artikels zwingend Anwendung finden und Vorrang haben in Fällen, in denen das auf entsprechende Ansprüche anzuwendende Recht nicht das nationale Recht eines Mitgliedstaats ist.“</del></p>

<b>Klagemöglichkeiten von Gewerkschaften oder NGOs</b>	
<a href="#">EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD (Link)</a>	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<p><b>Artikel 29 Abs. 3 Buchstabe d</b></p> <p>„d) unbeschadet der nationalen Zivilverfahrensordnungen werden angemessene Bedingungen vorgesehen, unter denen ein mutmaßlich Geschädigter eine Gewerkschaft, eine nichtstaatliche Menschenrechts- oder Umweltorganisation oder eine sonstige Nichtregierungsorganisation und — im Einklang mit dem nationalen Recht — nationale Menschenrechtsinstitutionen mit Sitz in einem Mitgliedstaat ermächtigen kann, Klagen zur Durchsetzung der Rechte des mutmaßlich Geschädigten zu erheben;</p> <p>eine Gewerkschaft oder nichtstaatliche Organisation kann nach Unterabsatz 1 ermächtigt werden, wenn diese den Anforderungen des nationalen Rechts genügt; zu diesen Anforderungen kann gehören, dass eine eigene ständige Vertretung aufrechterhalten wird und die Gewerkschaft oder nichtstaatliche Organisation im Einklang mit ihrer Satzung nicht kommerziell und nicht nur vorübergehend an der Durchsetzung der durch diese Richtlinie geschützten Rechte oder der entsprechenden Rechte im nationalen Recht beteiligt ist;“</p>	<p><b>Art. 4 Absatz 12 von KOM(2025)81 zu Art. 29 der CSDDD</b></p> <p><del>„d) unbeschadet der nationalen Zivilverfahrensordnungen werden angemessene Bedingungen vorgesehen, unter denen ein mutmaßlich Geschädigter eine Gewerkschaft, eine nichtstaatliche Menschenrechts- oder Umweltorganisation oder eine sonstige Nichtregierungsorganisation und — im Einklang mit dem nationalen Recht — nationale Menschenrechtsinstitutionen mit Sitz in einem Mitgliedstaat ermächtigen kann, Klagen zur Durchsetzung der Rechte des mutmaßlich Geschädigten zu erheben;</del></p> <p><del>eine Gewerkschaft oder nichtstaatliche Organisation kann nach Unterabsatz 1 ermächtigt werden, wenn diese den Anforderungen des nationalen Rechts genügt; zu diesen Anforderungen kann gehören, dass eine eigene ständige Vertretung aufrechterhalten wird und die Gewerkschaft oder nichtstaatliche Organisation im Einklang mit ihrer Satzung nicht kommerziell und nicht nur vorübergehend an der Durchsetzung der durch diese Richtlinie geschützten Rechte oder der entsprechenden Rechte im nationalen Recht beteiligt ist;“</del></p>
<b>Harmonisierung</b>	
<p><b>Artikel 4</b></p> <p>„(1) Unbeschadet des Artikels 1 Absätze 2 und 3 erlassen die Mitgliedstaaten in ihrem nationalen Recht auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet keine von Artikel 8 Absätze 1 und 2, Artikel 10 Absatz 1 und Artikel 11 Absatz 1 abweichenden Bestimmungen zur Festlegung von Sorgfaltspflichten in den Bereichen Menschenrechte und Umweltschutz.“</p>	<p><b>Artikel 4 Absatz 3 von KOM(2025)81 zu Art. 4 der CSDDD</b></p> <p>„(1) Unbeschadet des Artikels 1 Absätze 2 und 3 erlassen die Mitgliedstaaten in ihrem nationalen Recht auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet keine von <b>Artikel 6</b>, Artikel 8 Absätze 1 und 2, Artikel 10 Absatz 1 <b>bis Absatz 5</b> und Artikel 11 Absatz 1 <b>bis Absatz 6 und Artikel 14</b> abweichenden Bestimmungen zur Festlegung von Sorgfaltspflichten in den Bereichen Menschenrechte und Umweltschutz.“</p>

<p>EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD (<a href="#">Link</a>)</p>	<p>Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD</p>
<p>(2) Ungeachtet des Absatzes 1 werden die Mitgliedstaaten durch die vorliegende Richtlinie nicht daran gehindert, in ihrem nationalen Recht strengere Bestimmungen einzuführen, die von den in anderen Bestimmungen als Artikel 8 Absätze 1 und 2, Artikel 10 Absatz 1 und Artikel 11 Absatz 1 festgelegten Bestimmungen abweichen, oder Bestimmungen einzuführen, die hinsichtlich ihres Ziels oder des abgedeckten Bereichs spezifischer sind, um ein anderes Niveau des Schutzes der Menschenrechte, Beschäftigungs- und sozialen Rechte, des Umwelt- oder des Klimaschutzes zu erreichen.“</p>	<p>(2) Ungeachtet des Absatzes 1 werden die Mitgliedstaaten durch die vorliegende Richtlinie nicht daran gehindert, in ihrem nationalen Recht strengere Bestimmungen einzuführen, die von den in anderen Bestimmungen als <b>Artikel 6</b>, Artikel 8 <del>Absätze 1 und 2</del>, Artikel 10 Absatz 1 <b>bis Absatz 5</b> und Artikel 11 Absatz 1 <b>bis Absatz 6 und Artikel 14</b> festgelegten Bestimmungen abweichen, oder Bestimmungen einzuführen, die hinsichtlich ihres Ziels oder des abgedeckten Bereichs spezifischer sind, um ein anderes Niveau des Schutzes der Menschenrechte, Beschäftigungs- und sozialen Rechte, des Umwelt- oder des Klimaschutzes zu erreichen.“</p>
<p><b>Berichtspflichten</b></p>	
<p><b>Artikel 16</b></p> <p>Absatz 2</p> <p>Unternehmen, die unter die Nachhaltigkeitsberichterstattungs-Richtlinie fallen, müssen nach CSDDD <u>nicht</u> zusätzlich berichten</p> <p>Absatz 1</p> <p>Unternehmen, die nicht unter die Nachhaltigkeitsberichterstattungs-Richtlinie fallen, veröffentlichen auf ihrer Website jährlich eine Erklärung zu den unter die CSDDD fallenden Angelegenheiten</p> <p>Absatz 3</p> <p>Die Kommission nimmt bis zum 31. März 2027 delegierte Rechtsakte an, in denen die Kriterien für die Erklärung festgelegt werden</p>	<p><i>unverändert</i></p>



<b>Öffentliche Beschaffung</b>	
<a href="#">EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD (Link)</a>	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<b>Artikel 31</b> <p>„Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Einhaltung der Verpflichtungen, die sich aus den Bestimmungen des nationalen Rechts zur Umsetzung dieser Richtlinie ergeben, oder deren freiwillige Umsetzung als ein umweltrelevanter oder sozialer Aspekt gilt, den die öffentlichen Auftraggeber im Einklang mit den Richtlinien 2014/23/EU, 2014/24/EU und 2014/25/EU als Teil der Vergabekriterien für öffentliche Aufträge und Konzessionsverträge sowie als umweltrelevante oder soziale Bedingung berücksichtigen können, die die öffentlichen Auftraggeber im Einklang mit den genannten Richtlinien in Bezug auf die Ausführung von öffentlichen Aufträgen und Konzessionsverträgen festlegen können.“</p>	<i>unverändert</i>
<b>Sanktionen</b>	
<b>Artikel 27</b> <p>„(4) Werden Zwangsgelder verhängt, so müssen sich diese nach dem weltweiten Nettoumsatz des Unternehmens richten. Das Höchstmaß der Zwangsgelder beläuft sich auf mindestens 5 % des weltweiten Nettoumsatzes des Unternehmens im Geschäftsjahr vor der Entscheidung über die Verhängung des Zwangsgelds.</p> <p>Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Zwangsgelder mit Hinblick auf Unternehmen nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b unter Berücksichtigung des von der obersten Muttergesellschaft gemeldeten konsolidierten Umsatzes berechnet werden.</p> <p>(5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass jegliche Beschlüsse der Aufsichtsbehörden, die Sanktionen im Zusammenhang mit Verstößen gegen die gemäß dieser Richtlinie erlassenen nationalen Rechtsvorschriften betreffen,</p>	<p><b>Artikel 4 Absatz 11 von KOM(2025)81 zu Art. 27 der CSDDD</b></p> <p><b>“(4) The Commission, in collaboration with Member States, shall issue guidance to assist supervisory authorities in determining the level of penalties in accordance with this Article. Member States shall not set a maximum limit of pecuniary penalties in their national law transposing this Directive that would prevent supervisory authorities from imposing penalties in accordance with the principles and factors set out in paragraphs 1 and 2.”</b></p> <p>(5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass jegliche Beschlüsse der Aufsichtsbehörden, die Sanktionen im Zusammenhang mit Verstößen gegen die gemäß dieser Richtlinie erlassenen nationalen Rechtsvorschriften betreffen, veröffentlicht werden, mindestens fünf Jahre</p>

EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
veröffentlicht werden, mindestens fünf Jahre lang öffentlich zugänglich bleiben und dem gemäß Artikel 28 eingerichteten europäischen Netz der Aufsichtsbehörden übermittelt werden. (...)“	lang öffentlich zugänglich bleiben und dem gemäß Artikel 28 eingerichteten europäischen Netz der Aufsichtsbehörden übermittelt werden. (...)“
<b>zu berücksichtigende Menschenrechts-Übereinkommen</b>	
<b>Anhang Teil I</b> ILO-Übereinkommen Nr. 29 zu Zwangs- oder Pflichtarbeit Protokoll zu ILO-Übereinkommen Nr. 29 ILO-Übereinkommen Nr. 87 zur Vereinigungsfreiheit und dem Schutz des Vereinigungsrechts ILO-Übereinkommen Nr. 98 über die Grundsätze des Vereinigungsrechts und des Rechts auf Kollektivverhandlungen ILO-Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte ILO-Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit ILO-Übereinkommen Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf ILO-Übereinkommen Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung ILO-Übereinkommen Nr. 182 zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit  Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte Übereinkommen über die Rechte des Kindes	<i>unverändert</i>

EU-Lieferketten-Richtlinie CSDDD ( <a href="#">Link</a> )	Omnibus-Paket I: Änderungsvorschläge <a href="#">KOM(2025)80</a> und <a href="#">KOM(2025)81</a> zur CSDDD
<b>zu berücksichtigende Umwelt-Übereinkommen und EU-Verordnungen</b>	
<p><b>Anhang II</b></p> <p>Übereinkommen von Minamata über Quecksilber und Verordnung (EU) 2017/852</p> <p>Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe und Verordnung (EU) 2019/1021 über persistente organische Schadstoffe</p> <p>Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und Verordnung (EG) 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen</p> <p>Übereinkommen über die biologische Vielfalt</p> <p>Protokoll von Cartagena über die Entwicklung, Handhabung, Beförderung, Nutzung, Weitergabe und Freisetzung lebender veränderter Organismen</p> <p>Protokoll von Nagoya über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile</p> <p>Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES)</p> <p>Rotterdammer Übereinkommen über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel</p> <p>Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen</p> <p>Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt</p> <p>Übereinkommen von Ramsar über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Wattvögel, von internationaler Bedeutung</p> <p>Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe</p> <p>Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen</p>	<p><i>unverändert</i></p>